

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
– Drucksache 7/4755 (neu) –

betr. angebliche Geldleistungen des amerikanischen Flugzeugkonzerns Lockheed
an politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 3. März 1976 die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob der amerikanische Flugzeugkonzern Lockheed im Zusammenhang mit der Vergabe von Rüstungsaufträgen Zahlungen an politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland geleistet hat?

Das Bundesministerium der Verteidigung ist durch den Unterausschuß für multinationale Konzerne im Ausschuß für auswärtige Beziehungen des US-Senats darüber unterrichtet worden, daß der ehemalige Lockheed-Angestellte Ernest F. Hauser in seiner eidlichen Vernehmung am 6. Oktober 1975 ausgesagt hat, die CSU habe im Zusammenhang mit der Vergabe von Rüstungsaufträgen größere Geldzahlungen erhalten. Die Bundesregierung ist gegenwärtig nicht in der Lage, den Wahrheitsgehalt dieser Aussage zu beurteilen, wird das Verfahren aber weiter beobachten.

Außerdem wurde der Bundesregierung durch den genannten Ausschuß mitgeteilt, Herr Christian Steinrücke habe als Berater der Firma Lockheed einen Betrag zwischen 8000 und 12 500 Dollar zur Verteilung an zwei politische Parteien gefordert und erhalten.

Herr Steinrücke behauptete gegenüber dem zuständigen Beamten des Bundesministeriums der Verteidigung, er habe diesen Betrag nicht weitergeleitet, sondern für sich behalten, weil der von ihm angebahnte Verkauf eines Jet-Stars nicht zustande gekommen sei. Auch den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung kann die Bundesregierung gegenwärtig nicht abschließend beurteilen.

2. Hat die Bundesregierung die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika um Auskunft ersucht, welche Erkenntnisse dem Senat und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorliegen?

Das Bundesministerium der Verteidigung hat sich am 4. November 1975 an Senator Church, den Vorsitzenden des Unterausschusses für multinationale Konzerne im US-Senat, gewandt und um Auskunft über die dem Senat vorliegenden Erkenntnisse gebeten. Die Bundesregierung wurde daraufhin über den Stand der die deutschen Interessen berührenden Ermittlungen unterrichtet; diese Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Inzwischen ist auch die Firma Lockheed vom Bundesministerium der Verteidigung aufgefordert worden, über etwaige im Zusammenhang mit früheren Rüstungsaufträgen gemachte Zuwendungen Aufschluß zu geben.

Eine Anfrage an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgte nicht, da bisher keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Zahlungen der angesprochenen Art Kenntnis hat. Sollten sich entsprechende Anhaltspunkte ergeben, wird die Regierung der Vereinigten Staaten unverzüglich um Auskunft gebeten werden.